

**Beschlussvorlage**

vom 31.05.2021

öffentliche Sitzung

**Öffentliche Information des Gesundheitsamtes zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen und Arztpraxen, die diese anbieten**

**–Antrag der DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion vom 18.05.2021–**

**Beratungsreihenfolge**

Datum            Gremium

16.06.2021    Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt

**a)      **Beschlussvorschlag der Antrag stellenden Fraktion:****

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt trifft aufgrund des Antrages der DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion folgende Entscheidung:

Die StädteRegion Aachen veröffentlicht auf der Website des Gesundheitsamtes zusätzlich zur Liste der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen eine Liste von – deren Einverständnis vorausgesetzt – Ärztinnen und Ärzten, welche in der Region Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In Kooperation mit den regionsangehörigen Kommunen soll erreicht werden, dass auch diese auf ihren Webseiten auf das Angebot hinweisen.

**b)      **geänderter Beschlussvorschlag der Verwaltung:****

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt trifft abweichend vom Antrag der DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion folgende Entscheidung:

Er schließt sich – wie bereits in 2018 – der Auffassung der Verwaltung an, dass eine Veröffentlichung entsprechender Kontaktdaten von Ärztinnen und Ärzten auf der Internetseite der StädteRegion Aachen nicht zielführend ist.

**Sachlage:**

Mit dem als Anlage 1 beigefügten Antrag der DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion vom 18.05.2021 beantragt diese, den o. a. Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorzulegen. Einen fast gleichlautenden Antrag hat die Fraktion bereits im Jahr 2018 gestellt. Dieser wurde in der Sitzung des Fachausschusses am 15.02.2018 unter Sitzungsvorlagen–Nummer 2018/0074 beraten (vgl. Anlage 2). Der Ausschuss schloss sich damals einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an, welcher im Wesentlichen wie der jetzige formuliert war. Kernpunkt der Argumentation der Verwaltung war und ist, dass betroffene Frauen wohl eher nicht auf einer Verwaltungsseite nach einer Ärztin/einem Arzt suchen würden. Die Verwaltung vermag darüber hinaus keine veränderten Rahmenbedingungen zu erkennen, welche zu einer anderen Einschätzung als in 2018 führen würden.

**Rechtslage:**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**Personelle Auswirkungen:**

keine

**Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen:**

keine

Im Auftrag:

gez. Dr. Ziemons

**Anlagen:**

Antrag der DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion vom 18.05.2021 (Anlage 1)  
Sitzungsvorlage 2018/0074 (Anlage 2)



Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag  
Raum E 188 | Zollemstraße 16 | 52070 Aachen  
Fon: +49241 5198 3305  
Fax: +49241 5198 83305  
Mail: [dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de](mailto:dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de)  
Web: <http://www.dielinke-staedteregionstag.de>  
Facebook: <https://www.facebook.com/linksfraktionstaedteregionaachen/>  
Fraktion DIE LINKE | Zollemstraße 16 | 52070 Aachen

An die Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,  
Senioren und demographischen Wandel

Frau Janine Köster

- Im Hause -

Aachen, Dienstag, 18. Mai 2021

## **ANTRAG    Öffentliche Information des Gesundheitsamtes zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen und Arztpraxen, die diese anbieten**

Sehr geehrte Frau Köster,

für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen Wandel beantragt DIE LINKE die Aufnahme des o.a. Themas auf die Tagesordnung und schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Städteregion Aachen veröffentlicht auf der Website des Gesundheitsamtes zusätzlich zur Liste der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, eine Liste von – deren Einverständnis vorausgesetzt – Ärztinnen und Ärzten, welche in der Region Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In Kooperation mit den regionsangehörigen Kommunen soll erreicht werden, dass auch diese auf Ihren Webseiten auf das Angebot hinweisen.

### **Begründung:**

Seit 150 Jahren kriminalisieren die Paragraphen 218 und 219 im Strafgesetzbuch ungewollt Schwangere und Ärzt:innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Ebenso lange dauert der gesellschaftliche Kampf, genau diese Paragraphen abzuschaffen und Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren.

Ärzt:innen, die Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland durchführen, dürfen über diese Tatsache nicht informieren. Dies regelt Paragraf 219a des Strafgesetzbuches. Der Paragraf schränkt damit das Recht von Frauen auf Selbstbestimmung, Informationsfreiheit und freie Ärzt:innenwahl massiv ein. Zugleich kriminalisiert und stigmatisiert er Ärzt:innen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten und hierüber informieren.

Die Gießener Ärztin Kristina Hänel ist eine der bekanntesten Vorkämpferinnen gegen den § 219a. Seit Jahren führt sie einen juristischen Streit darüber, dass sie Informationen zum Schwangerschaftsabbruch auf der Homepage ihrer Praxis anbietet. Am 19.01.2021 hat das Oberlandesgericht Frankfurt die Revision gegen eine vorangegangene Verurteilung abgewiesen. Dies ermöglicht nun einerseits den gewünschten Schritt zur Verfassungsbeschwerde, bedeutet andererseits aber, dass Kristina Hänel ihre Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen vorerst nicht mehr auf ihrer Homepage publizieren darf. Darum sollte die Städteregion Aachen sich selbst den Anspruch stellen, für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern einzustehen. Die Bereitstellung von Informationen über Schwangerschaftsabbrüche wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Hansestadt Hamburg bietet seit einiger Zeit auf ihrer Website ein Informationsangebot an (siehe <http://www.hamburg.de/schwangerschaftskonfliktberatung/4020554/schwangerschaftsabbruch/>), an dem sich die Städteregion orientieren könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Darius Karl Dunker  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Sonia Siller  
Stv. Fraktionsvorsitzende



begl.  
Albert Borchardt

**Beschlussvorlage**

vom 05.02.2018

öffentliche Sitzung

**Öffentliche Information zu Beratungsstellen und Arztpraxen für  
Schwangerschaftsabbrüche  
–Antrag der DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion vom  
31.01.2018–**

**Beratungsreihenfolge**

Datum            Gremium

15.02.2018    Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen  
Wandel

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen Wandel schließt sich der Auffassung der Verwaltung an, dass eine Veröffentlichung entsprechender Beratungsstellen bzw. Kontaktdaten von Ärzten/Ärztinnen auf der Internetseite der StädteRegion nicht zielführend ist.

**Sachlage:**

Mit dem als Anlage beigefügten Schreiben vom 31.01.2018 bittet die DIE LINKE–Städteregionstagsfraktion um Aufnahme des o.a. Themas auf die Tagesordnung und schlägt folgende Beschlussfassung vor:

*„Die StädteRegion Aachen veröffentlicht auf ihrer Website eine Liste der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie – deren Einverständnis vorausgesetzt – eine Liste von Ärztinnen und Ärzten, welche in der Region Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In Kooperation mit den regionsangehörigen Kommunen soll erreicht werden, dass auch diese auf ihren Webseiten auf das Angebot hinweisen.“*

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Verwaltung hält eine Veröffentlichung auf der Website der StädteRegion für nicht zielführend. Frauen, die ungewollt schwanger sind oder sich aufgrund einer Schwangerschaft in einer Konfliktsituation befinden, werden kaum die Internetseiten einer Verwaltung aufsuchen, um entsprechende Beratungsstellen zu finden.

Bei der Suche im Internet (z.B. „Abtreibung Aachen“ oder „Schwangerschaftskonfliktberatung Aachen“ via Google; Testabruf durch A53 am 01.02.2018) werden die verschiedenen Träger der Beratungsstellen in der StädteRegion wie pro familia, Donum vitae etc., außerdem auch mehrere Arztpraxen aufgeführt. Auf deren Seiten finden sich die entsprechenden Informationen.

Demnach ist diese höchstwahrscheinlich meistpraktizierte Suche für die Betroffenen schnell und zielführend. Von einer zusätzlichen Veröffentlichung auf der Website der StädteRegion, die zudem auch regelmäßig aktualisiert werden müsste, möchte die Verwaltung daher Abstand nehmen.

**Rechtslage:**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**Personelle Auswirkungen:**

keine

**Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen:**

keine

**Soziale Auswirkungen:**

Im Gebiet der StädteRegion Aachen stehen für betroffene Frauen entsprechende Beratungsstellen zur Verfügung.

Im Auftrag:

gez. Hirtz

**Anlage:**

Antrag der DIE LINKE-Städteregionstagsfraktion vom 31.01.2018.

Fraktion DIE LINKE | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Frau Margret Schulz

Vorsitzende des Ausschusses  
für Soziales, Gesundheit,  
Senioren und demographischen Wandel

Aachen, den 31. Januar 2018

**ANTRAG            Öffentliche Information zu Beratungsstellen und Arztpraxen für  
Schwangerschaftsabbrüche**

Sehr geehrte Frau Schulz,

für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen Wandel beantragt die Fraktion DIE LINKE die Aufnahme des o.a. Themas auf die Tagesordnung und schlägt folgende Beschlussfassung vor:

*Die Städteregion Aachen veröffentlicht auf Ihrer Website eine Liste der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie – deren Einverständnis vorausgesetzt – eine Liste von Ärztinnen und Ärzten, welche in der Region Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In Kooperation mit den regionsangehörigen Kommunen soll erreicht werden, dass auch diese auf Ihren Webseiten auf das Angebot hinweisen.*

**Begründung:**

Wenn eine Frau ungewollt schwanger wird, benötigt sie schnell und unkomplizierten Zugang zu Beratung und ärztlichen Ansprechpartnern, falls sie sich für einen Abbruch der Schwangerschaft entscheiden möchte. Der § 219a StGB verbietet aber Ärztinnen und Ärzten, öffentlich darüber zu informieren, wenn sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Der Fall von Kristina Hänel hat der Gesellschaft vor Augen geführt, in welche Situation Ärztinnen und Ärzte gelangen, wenn sie es dennoch tun. Die Hansestadt Hamburg bietet seit einiger Zeit auf ihrer Website ein Informationsangebot an (<http://www.hamburg.de/schwangerschaftskonfliktberatung/4020554/schwangerschaftsabbruch/>) an dem sich die Städteregion orientieren könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Ebel

Harald Siepmann

Kopien an: Hr. Etschenberg – Dezernate – Dr. Gube, A 53 –  
– Fr. Kirch, Schriftführerin – Hr. Leyendecker – Fraktionen – Pressestelle